



STADTRATSFRAKTION MAINZ

Stadthaus Große Bleiche

Große Bleiche 46

55116 Mainz

Zimmer 2.066

Tel. 0 61 31 - 12 39 14

Fax 0 61 31 - 12 39 13

Mainz, 14.07.2022

Antrag **1077/2022** zur Sitzung Stadtrat am **20.07.2022**

## **Umweltgerechtigkeit für alle – Belastungsanalyse für Mainz (DIE LINKE)**

*Jeder Mensch hat Anspruch auf eine Umwelt, die ein höchstmögliches Maß an Gesundheit und Wohlbefinden ermöglicht.*

Dieses Leitbild wurde schon bei der Ersten Europäischen Konferenz „Umwelt und Gesundheit“ im Jahr 1989 festgelegt.

Denn wie gesund man sein Leben führen kann, ist nicht ausschließlich eine individuelle Entscheidung. Viele äußere Faktoren wirken sich ebenfalls massiv auf den gesundheitlichen Zustand eines Menschen aus. So beispielsweise kann das Einatmen von schmutziger Luft die Atemwege reizen, die Lungen und das Kreislaufsystem belasten und zu Erkrankungen bis hin zu Krebs führen. Hitze wirkt sich ebenfalls auf das Kreislaufsystem aus, vor allem, wenn der Mensch ihr über einen längeren Zeitraum ausgesetzt ist.

Ebenso ist es mit Lärm: Je länger und lauter dieser andauert, desto höher sind die Auswirkungen auf die psychische Gesundheit. Auch fehlendes Tageslicht und zu wenig Begegnung mit Grünflächen haben Effekte auf die Psyche, können zu Depressionen und weiteren Krankheiten führen.

Besonders wenig kann man sich diesen schädlichen Belastungen entziehen, wenn man dort wohnt, wo mehrere davon gleichzeitig aufeinandertreffen. Oft ist das in benachteiligten Stadtquartieren, wo Menschen auch in beengten Verhältnissen leben müssen, wo Menschen finanziell schlecht gestellt sind, wo Menschen ohnehin mit dem Problem sozialer Ausgrenzung zu kämpfen haben.

Gegen dieses Phänomen der mehrfachen Umwelt- und Gesundheitsbelastung vorzugehen, gibt es bereits ausführliche Forschungsprojekte und daraus resultierende Empfehlungen für mehr lokale Umweltgerechtigkeit: Den ersten Schritt stellt die Identifizierung und Untersuchung mehrfach belasteter Gebiete dar. Hierzu müssen Umwelt-, Gesundheits- und Sozialdaten verknüpft werden.

Mainz ist bereits gut ausgestattet mit Kartierungen und Plänen zur Flächennutzung, hat Daten zu den Wohnlagen und Mietpreisen, zur Versorgung mit Grün- und Freizeitflächen sowie zu Lärm- und Schmutzbelastung. Außerdem können an den Ergebnissen der KLIMPRAX-Studie und vielen weiteren Modellierungen genaue Werte zu Temperatur- und Frischluftentwicklungen abgelesen werden. All diese Daten lassen bereits erkennen, wo Mainzer\*innen wie stark von diesen äußeren Einflüssen belastet werden.

Um aber fundierte Aussagen darüber treffen zu können, wer wo wie stark betroffen ist, müssen diese Karten miteinander kombiniert, mit Gesundheitsdaten verglichen und langfristig beobachtet werden.

Nur so können die Quartiere der Stadt herausgefiltert werden, die bereits jetzt mehrfach von negativen Umweltbelastungen betroffen sind, die demnach auch besonders unter der Klimakatastrophe leiden (werden) – und wo schon jetzt besonders dringender Handlungsbedarf geboten ist.

Mainz kann sich hier am Beispiel Berlins orientieren: In der „Schöneberger Erklärung 2020“ wurde festgeschrieben, dass „die quartiersbezogene [...] Umweltgerechtigkeitskonzeption [...] konsequent weiterzuentwickeln“ und „systematisch als Linienaufgabe der Verwaltung umzusetzen und damit zum Abbau von Mehrfachbelastungen sowie zu gleichwertigen Umweltbedingungen beizutragen“ ist. Besonders die Forschungsberichte des Deutschen Instituts für Urbanistik (DifU) sind für die Methodik beispielgebend: <https://difu.de/projekte/umweltgerechtigkeit-im-staedtischen-raum>

#### **Der Stadtrat möge beschließen:**

Die Stadtverwaltung wird gebeten,

1. anhand von Umwelt-, Gesundheits- und Sozialdaten eine aktuelle „Umweltgerechtigkeits-Karte“ (kleinräumige Umweltbelastungsanalyse) herzustellen bzw. in Auftrag zu geben, um mehrfach belastete Wohnquartiere im Mainzer Stadtgebiet zu identifizieren;
2. ein jährliches „Umweltgerechtigkeits-Monitoring“, das Daten zur Beschreibung des Umweltzustandes, der sozialen und gesundheitlichen Lage umfasst, zu etablieren;
3. einhergehend damit dem Stadtrat jährlich Maßnahmen vorzuschlagen, die den Umweltbelastungen in den aus Punkt 1 und 2 identifizierten mehrfachbelasteten Quartieren entgegensteuern und damit mehr lokale Umweltgerechtigkeit herstellen.

Carmen Mauerer